



MARCEL FRATZSCHER

Zukunftsängste der jungen Generation sind berechtigt

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.



Die Würde des Menschen ist unantastbar – so beginnt unser Grundgesetz. Doch viele junge Menschen in Deutschland zweifeln, ob dieses Versprechen für sie noch gilt. Selten zuvor stand eine Generation in unserem Land vor so vielen gleichzeitigen Krisen: Klimawandel, geopolitische Konflikte, wachsende soziale Ungleichheit, wirtschaftliche Unsicherheit und psychische Belastungen. Die Jugendstudien zeichnen ein klares Bild: Sorgen und Ängste prägen die junge Generation. Gleichzeitig zeigen sie Pragmatismus, Verantwortungsbewusstsein und konkrete Erwartungen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Sorgen der jungen Generation sind berechtigt. Wer heute jung ist, blickt auf eine unsichere Zukunft. 81 Prozent fürchten eine Ausweitung des Ukrainekriegs. Zwei Drittel sorgen sich um Inflation, Armut und Wohlstandsverluste. 63 Prozent sehen die Klimakrise als existenzielle Bedrohung. Hinzu kommt ein Gefühl wachsender sozialer Spaltung: 64 Prozent nehmen zunehmende Feindseligkeit in der Gesellschaft wahr, 40 Prozent fühlen sich persönlich benachteiligt.

Psychische Erkrankungen unter Jugendlichen nehmen drastisch zu, verstärkt durch Pandemie und Zukunftsängste. Jeder Vierte bräuchte Unterstützung, doch nur jeder Zehnte erhält sie. Einsamkeit ist ein weiteres unterschätztes Problem, das ganze Lebenswege prägen kann. Gleichzeitig zeigen die Befragungen auch: Die Mehrheit der Jugendlichen bewahrt einen gewissen Optimismus. Dieser ist jedoch mit klaren Forderungen verbunden: mehr Klimaschutz, Gerechtigkeit, Bildungschancen und Mitbestimmung. Viele würden eigene Opfer bringen. So wären etwa 57 Prozent bereit, ihren Lebensstandard für den Klimaschutz zu senken. Aber sie erwarten von der älteren Generation und den Verantwortlichen, endlich entschlossener zu handeln.

Es geht auch um Anerkennung und Würde. Viele junge Menschen fühlen sich nicht wertgeschätzt. Deshalb reicht die Umverteilung von Geld allein nicht aus. Solange Jugendliche den Eindruck haben, ihre Sorgen würden abgetan und ihre Leistung nicht anerkannt, wächst das Risiko politischer Radikalisierung. Ein Leben in Würde bedeutet eben nicht nur finanzielle Sicher-

heit, sondern auch Chancen zur Selbstverwirklichung und Anerkennung. Wie schaffen wir heute die Grundlagen, damit junge und künftige Generationen in Würde leben können? Erstens: Bildung und Chancengleichheit müssen in den Mittelpunkt rücken. Unser Bildungssystem darf nicht länger soziale Herkunft vererben. Es braucht Investitionen in frühkindliche Förderung, bessere Schulen und mehr Durchlässigkeit. Zweitens: Arbeit und Respekt gehören zusammen. Leistung darf nicht nur an Einkommen oder formaler Bildung gemessen sein. Auch systemrelevante und soziale Berufe verdienen Anerkennung und gute Bezahlung. Gesellschaftlicher Beitrag und nicht nur materieller Erfolg sollten zählen. Drittens: Sozialstaat und Gesundheitssystem müssen befähigen, nicht nur absichern. Prävention psychischer Erkrankungen, Bekämpfung von Einsamkeit und echte Teilhabechancen sind unerlässlich. Viertens: Klimaschutz muss oberste Priorität haben. Nur wenn wir heute handeln, können wir die Zukunft der jungen Generation sichern. Alles andere wäre Verantwortungslosigkeit, die gegen unser Grundgesetz verstößt, wie auch das Bundesverfassungsgericht angemahnt hat. Und fünftens: Respekt und Dialog sind essenziell. Junge Menschen wollen gehört und beteiligt werden. Vor allem aber brauchen wir eine neue Kultur der Anerkennung, in der Sorgen nicht klein geredet, sondern ernst genommen werden.

Es liegt an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, heute die Weichen zu stellen. Es geht um nichts Geringeres als die Würde der Jugend und ihre Zukunft. Die Frage ist, ob wir bereit sind, diese zu verteidigen. Eine Demokratie darf sich nicht damit zufriedengeben, Wohlstand zu verteilen. Sie muss allen Menschen – vor allem den jungen – Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben, Teilhabe und Sicherheit geben. Nur so wird das Versprechen des Grundgesetzes eingelöst. Die Zukunftsängste der Jugend sind ein Spiegel unserer gesellschaftlichen Versäumnisse. Sie zeigen, wo wir handeln müssen. Es ist unsere Verantwortung, nicht ihre. Denn die Würde des Menschen ist unantastbar – auch die der kommenden Generationen.

Dieser Kommentar ist am 12. September 2025 zuerst im Rahmen von „Fratzscher's Verteilungsfragen“ online bei der ZEIT erschienen.



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

92. Jahrgang 1. Oktober 2025

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Prof. Dr. Pio Baake; Dr. Stefan Bach

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).